

**Antragsunterlagen für wasserrechtliche Entscheidungen zum Entnehmen von Grundwasser  
> 2000 m<sup>3</sup>/d in Ergänzung der Verwaltungsvorschrift über Grundwasserabsenkungen bei  
Baumaßnahmen vom 25.04.2000**

Mit dem LfU, oberen Wasserbehörde, ist möglichst frühzeitig Kontakt aufzunehmen, um die wasserwirtschaftlich notwendigen Maßnahmen und den Umfang der Antragsunterlagen rechtzeitig zu klären.

**I. Allgemeine Angaben**

- Antragsgegenstand
- Bezeichnung des Vorhabens
- Anschrift des Antragstellers (ggf. mit Nachweis der Bevollmächtigung durch den Eigentümer/Gewässerbenutzer, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- Ordnungsgemäßer Nachweis des Eigentums über die Grundstücksflächen, auf denen das Vorhaben / die Gewässerbenutzung geplant ist, (in Form von Grundbuchauszügen)
- Flurstückskarte mit Katasterbezeichnung - wie Gemarkung, Flur, Flurstücke - der verplanten Grundstücke (Bei evtl. Nutzung fremder Grundstücksflächen ist der Nachweis über die gegenseitige Absicherung vorzulegen)
- voraussichtlich berührte Grundstücke mit Katasterbezeichnung im Grundbuch und Angabe des Eigentümers mit Anschrift

**II. Antragsunterlagen**

**1. Angaben zum Umfang der Gewässerbenutzung**

- Angaben der zu fördernden Wassermengen in m<sup>3</sup>/h, m<sup>3</sup>/d (ggf. nach Baulosen) und Gesamtfördermenge
- Beschreibung des geplanten Bauvorhabens und der geplanten Grundwasserabsenkung einschließlich Art, Umfang, Zweck des geplanten Vorhabens
- Lageplan M: 1 : 25.000 (mit Darstellung der Maßnahme; Entnahme bzw. Einleitungsstellen mit Angabe der Koordinaten (ETRS89); Darstellung vorgesehener Überwachungspegel)
- Schnittdarstellung des zu errichtenden Bauwerkes sowie der Baugrube bis zum vorgesehenen Absenkziel mit jeweils auf m ü. NN bezogenen Höhenangaben  
Absenkziel nach Baulosen in m ü. NN  
Zeitplan des Vorhabens nach Baulosen

Antragsunterlagen für eine Grundwasserabsenkung > 2000 m³/d

- Reichweite des Absenkungstrichters (Tiefe, Reichweite) in m und Eintragung dessen in einen Lageplan (Grundwasserisohypsen)
- Angaben zur vorgesehenen Ableitung des geförderten Grundwassers einschließlich der dafür voraussichtlich zum Einsatz kommenden Anlagen

**Unter Beachtung der wasserhaushaltlichen Grundsätze ist der Wiederversickerung / Reinfiltration des gehobenen Grundwassers Vorrang zu geben.**

- bei Versickerung und Infiltration:  
Angabe der wiedereinzuleitenden Grundwassermenge sowie  
Nachweis der Versickerungsfähigkeit des gehobenen Grundwassers  
hydrogeologischer Nachweis  
hydraulischer Nachweis  
Angaben zur Infiltrationsanlage, Konzipierung und Dimensionierung der Versickerungsanlage  
Havarieplan  
ggf. vorgesehene Ersatz- bzw. Ausgleichsmaßnahmen
- Bei Einleitung in oberirdisches Gewässer Angaben zur hydraulischen Leistungsfähigkeit (Wasserabführvermögen) des aufnehmenden Gewässers
- Angaben zur voraussichtlichen Beschaffenheit des wiedereinzuleitenden Grundwassers einschließlich ggf. erforderlicher Wasserbehandlungsmaßnahmen
- Beschreibung des Einleitbauwerkes (Schnitte, Leiteinrichtungen, Prallteller, evtl. Belüftungseinrichtungen)
- Baugrundgutachten mit  
Schichtenverzeichnis der Bohrungen  
Grundwasserständen auf NN  
Einmessung der Bohrungen auf NN  
Siebanalysen mit Kf-Wert-Berechnung  
Aussagen zur Gefährdung der Standsicherheit/Schädigung benachbarter Bauwerke durch die Grundwasserabsenkung
- Zur Bestimmung der hydrogeologischen Parameter (Güte) und Auswertung und zur Erfassung möglicher Kontaminationen und zur Entscheidung über den Einleitpunkt ist das geförderte GW durch ein akkreditiertes Labor auf folgende Parameter zu untersuchen,

abfiltrierbare Stoffe	Cyanide
pH-Wert	Doc
Leitfähigkeit	Mineralölkohlenwasserstoffe
Ammonium	AOX
Nitrat	leichtflüchtige Chlorkohlenwasserstoffe
Gesamtposphor	Schwermetalle: Arsen; Blei;
Fe gesamt u. Fe gelöst	
O <sub>2</sub> (bei Einleitung in Oberflächenwasser)	

Antragsunterlagen für eine Grundwasserabsenkung > 2000 m³/d

Darüber hinaus kann die obere Wasserbehörde bei Verdacht auf andere Verunreinigungen des Grundwassers die Untersuchung anderer Parameter verlangen.

Bei Verdacht auf Altlasten/Kontaminationen ist die geplante und geeignete Vorbehandlungs-/Reinigungstechnologie des abzuleitenden Wassers darzulegen.

- Hydrogeologische Begutachtung des Standortes

Hydrologisches / Hydrogeologisches Gutachten

Angaben über höchste zu erwartende Grundwasserstände ü. NN

Versickerungsmöglichkeit

hydrogeologische Bewertung der Standortverhältnisse und des Umfeldes im Zusammenhang mit der Durchführung der geplanten Grundwasserabsenkungsmaßnahme und deren Auswirkungen  
Auswirkungen insbesondere auf vorhandene Schutzgüter, wie Gewässerbenutzungen, Ökosysteme und Bebauungen im Absenkungs- bzw. Einleitungsbereich; voraussichtliche Wirkungen auf die Gewässergüte, den Grundwasserstand, den Boden und den Kulturzustand betroffener Grundstücke bzw. Bauwerke, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild; sowie Einschätzung sonstiger Auswirkungen, die durch die Grundwasserabsenkung hervorgerufen werden könnten

- UVP-Vorprüfung nach Anlage 3 UVPG

Feststellung zur UVP-Pflicht nach der Vorprüfung des Einzelfalls gemäß §§ 5, 7 ff. UVPG i. V. m. Anlage 2 Nr. 13.3 zum UVPG